

Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung



Ehrhart Neubert

Kirche und Opposition in der DDR

Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen:

- Nr. 1. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: *Europas Werte verteidigen. Gemeinsam die Ziele in Europa erreichen*, 2007
- Nr. 2. Dr. Andreas Schockenhof: *Russland - ein potenzieller Wertepartner?*, 2007
- Nr. 3. Dr. Wolfgang Schäuble: *Deutschland und Polen – gemeinsam in Europa*, 2007
- Nr. 4. Ronald Pofalla: *Freiheit für Belarus*, 2007
- Nr. 5. Dr. Kazimierz Wóycicki: *Der Konflikt um die historische Erinnerung in Europa*, 2008
- Nr. 6. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: *Die Menschenrechte – Grundlage der Europäischen Einigung*, 2008
- Nr. 7. Dr. Nils Goldschmidt: *Der Streit um das Soziale in der Marktwirtschaft*, 2008
- Nr. 8. Stephan Raabe (Hg.): *Amerikanische Raketenabwehr in Europa*, 2008
- Nr. 9. Stephan Raabe: *Transformation und Zivilgesellschaft in Polen*, 2008
- Nr. 10. Dr. Robert Grzeszczak: *Subsidiäre Demokratie*, 2009
- Nr. 11. Prof. Dr. Ludger Kühnhardt: *Plädoyer für eine erneuerte Europäische Union*, 2009
- Nr. 12. Prof. Horst Teltschik: *Deutsche Wiedervereinigung. Genutzte und versäumte Chancen in der Außenpolitik. Plädoyer für ein gemeinsames europäisches Haus*, 2009
- Nr. 13. Jenaer Aufruf. *Zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft*, 2009
- Nr. 14. Stephan Raabe: *Der Streit um die Ostsee-Gaspipeline*, 2009
- Nr. 15. Prof. Danuta Hübner, Vaira Paegle: *Social market economy – a model for the future? Learning from the economic crisis*, 2010
- Nr. 16. Prof. Dr. Michael Wolffsohn, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher: *Der Kanzler hat gekniet. Brandts Kniefall – ein Leitstern der Politik*
- Nr. 17. Stephan Raabe: *Polen – Nachbar, Partner, Freund im Osten*, 2010

Herausgeber:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Vertretung in Polen
Stephan Raabe
02-561 Warschau, ul. J. Dąbrowskiego 56
Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 22 848 54 37
E-Mail: kas@kas.pl
www.kas.pl, www.kas.de

Redaktion:

Anne Velder

Übersetzung ins Polnische:

Dr. Elżbieta Kaźmierczak

Graphische Gestaltung und Satz:

Mediakoncept, www.mediakoncept.pl

© 2011 Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in Poland.

Dr. Ehrhart Neubert

Kirche und Opposition in der DDR



Konrad
Adenauer
Stiftung

Die kirchenpolitischen Maßnahmen des SED-Regimes konnten nicht verhindern, dass die Kirchen zum Sturz des kommunistischen Regimes beitrugen.

In den ersten Jahren nach 1990 wurde die öffentliche Debatte über die Kirchen¹ in der Diktatur vorwiegend um die Verstrickungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zahlreicher Geistlicher und Kirchenjuristen geführt. Die Kollaboration von kirchlichem Personal mit dem politischen Geheimdienst schockierte. Die Kirchen hatten noch kurz vor solchen Enthüllungen in der Revolution 1989 eine zentrale Rolle gespielt. Über Jahrzehnte galten die Kirchen zudem als die letzte gesellschaftliche Bastion gegen den totalitären Staat, der stets auch Anspruch auf die Köpfe und Seelen der Menschen erhoben hatte. In den dauernden Auseinandersetzungen hatten die Kirchen zwar zweidrittel ihrer Mitglieder verloren. Aber sie konnten sich dennoch behaupten und in der Öffentlichkeit präsent bleiben. Die kirchenpolitischen Maßnahmen des SED-Staates und auch die Infiltration mit Agenten haben den Kirchen zwar geschadet, aber damit konnte nicht verhindert werden, dass in den Kirchen Kräfte und geistige Haltungen mobilisiert wurden, die zum Sturz des kommunistischen Regimes beitrugen.

Die Kirchen haben in den drei Phasen der DDR-Geschichte, der kommunistischen Transformation bis Anfang der 1960er Jahre, der Stabilisierungs- und Stagnationsphase bis 1989 und schließlich im revolutionären Verfall des Systems 1989/90 sich jeweils unterschiedlich auf die Verhältnisse eingestellt. Das kirchenpolitische Handeln und die Verteidigung der geistigen Substanz folgten auch keinen einheitlichen Strategien. Vielmehr handelte es sich um Suchbewegungen, die durchaus widersprüchlich sein konnten. In allen Phasen aber spitzten sich Konflikte mit der SED-Politik derart zu, dass sie nicht mehr befriedet werden konnten. Diese Konfliktlinien sollen hier nachgezeichnet werden.

1. Kampf um die Wiederherstellung des Rechts

Mit der Besetzung der Länder Ostmitteleuropas und Teilen Mitteldeutschlands durch sowjetische Truppen seit 1944 übertrug Stalin die sowjetische Kirchenpolitik schrittweise auf die neue Einflussphäre. Zwar hatte der Dikta-

¹ Mit „Kirchen“ sind im Folgenden vor allem die in der DDR dominierenden evangelischen Kirchen gemeint und beschrieben; auf die kleinere katholische Diaspora-Kirche wird nur am Rande eingegangen.

tor während des Krieges selbst die terroristischen Exzesse gegen die Kirchen gemildert, die seit 1917 zu schwersten Verfolgungen und unbeschreiblichen Verbrechen geführt hatten. In den besetzten Ländern setzten aber sofort Kontroll- und Unterdrückungsmaßnahmen ein. Diese wurden nach dem Abschluss der Machtergreifung der nationalen Kommunisten seit 1948 verschärft. Auf einer Kominformtagung² zur Kirchenpolitik am 11. und 12. Februar 1949 in Karlovy Vary in der Tschechoslowakei wurden die antikirchlichen Aktionen noch einmal systematisiert und ihre harte Durchführung angemahnt.³ An dieser Konferenz nahmen keine Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) teil. Einerseits verfügte diese kommunistische Partei noch nicht über einen eigenen Staat. Andererseits hoffte Stalin noch über die SBZ Einfluss auf ein zukünftig vereintes und neutrales Deutschland nehmen zu können. Zwar hatten die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr angeleitete SED alle Machtpositionen an sich gerissen. Aber die innenpolitische Transformation zu einer sozialistischen Gesellschaft sowjetischer Prägung hielt sich noch in Grenzen. Die Sowjets behandelten die Kirchen verhältnismäßig freundlich.

Wohl hatte es seit 1945 auch Verhaftungen und Verurteilungen bis hin zu Todesurteilen gegen Pfarrer und Christen gegeben. Die richteten sich jedoch gegen jegliches demokratisches Engagement der Betroffenen. Die Kirchen haben ihrerseits die Sowjetische Militäradministration als eigentliche Autorität angesehen und wendeten sich im Konfliktfall mit den ostdeutschen SED-Behörden häufig – oft auch erfolgreich – an die Sowjets. Letztmalig geschah dies im Zusammenhang mit dem Aufstand am 17. Juni 1953. Versuche ostdeutscher Kommunisten, gegen die Kirchen vorzugehen, konnten so häufig abgemildert werden.

Auch die Rechtssituation war für die Kirchen nicht ungünstig. Sowohl die Verfassungen der zunächst noch bestehenden Länder bis hin zur ersten DDR-Verfassung von 1949 räumten den Kirchen noch hinreichende Rechte

² Kominform = Kommunistisches Informationsbüro. 1947 gegründet von Stalin im Zuge der Entwicklung seiner Zwei-Lager-Theorie als gegen den Westen gerichteter Verbund der kommunistischen Parteien.

³ Diese Konferenz wurde erstmals in Deutschland bekannt durch eine Mitteilung in Herder-Korrespondenz 12/1949. S.543.

ein.⁴ Freilich wurde die Trennung von Staat, Schule und Kirche konsequent durchgesetzt. Auch gab es Versuche, mit älteren Rechtstiteln Einfluss auf die kirchliche Personalpolitik zu nehmen.⁵ Noch blieben den Kirchen jedoch existenzgefährdende Konflikte erspart.

Doch 1948 verschärfte Stalin seine Politik gegenüber dem Westen und ließ die SED in eine Kaderpartei nach bolschewistischem Vorbild umformen. Nun hatten es die Kirchen und ihre Mitglieder auch mit zunehmenden Benachteiligungen zu tun. Auf die Kirchen wurde Druck ausgeübt, die kommunistische Politik gegenüber dem Westen zu unterstützen. Zudem kam es zu antireligiösen Kampagnen an den Bildungseinrichtungen. Als Stalins Deutschlandpläne 1952 scheiterten, entschloss sich der Diktator zu einer radikalen Bolschewisierung der DDR, die durch den Beschluss der 2. Parteikonferenz der SED über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus 1952 eingeleitet wurde.⁶ Neben allen Nicht-kommunistischen Schichten und Gruppen waren die Kirchen nun dem Terror der SED ausgesetzt, der mit der offenen Verfolgung der kirchlichen Jugend einen Höhepunkt erreichte. Es sollte „jede Tätigkeit der so genannten Jungen Gemeinde verboten“⁷ werden.

Damit ging die Konfrontation in eine „Liquidierungsphase“⁸ über. Die Kirchen wehrten sich mit rechtlichen Mitteln und klagten die in der DDR-Verfassung von 1949 garantierte Religionsfreiheit ein. Dabei setzten sie sich auch für die vom staatlichen Rechtsbruch betroffene Bevölkerung ein. In einigen Fällen wandten sie sich an die Gerichte. So erstattete der Berlin-Brandenburgische Bischof Otto Dibelius 1953 eine Strafanzeige gegen die FDJ-Zeitung „Junge

4 Vgl. Boese, Thomas: Die Entwicklung des Staatskirchenrechts in der DDR von 1945 bis 1989. Baden-Baden 1994.

5 Zu diesem Thema liegt eine umfassende Untersuchung vor: Halbrock, Christian: Evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg 1945-1961. Amtsautonomie im vormundschaflichen Staat? Berlin 2004.

6 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949-1961. Bonn 2003. S.45-47. Dort weitere Literaturangaben.

7 Hoffmann, Dierk; Schmidt, Karl-Heinz; Skyba, Peter (Hg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961. München 1993. S.138f.

8 Goerner, Martin G.: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945-1958. Berlin 1997.

Welt“, als diese die Junge Gemeinde als westliche „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage“ verleumdete. Doch alle Rechtsmittel konnten die Kampagnen gegen die Kirchen nicht aufhalten, die mit Verhaftungen von kirchlichem Personal und dem Einzug kirchlichen Eigentums verbunden waren. Als stärkstes Mittel setzten die Kirchen ein geschichtspolitisches Instrument ein, das bewusst an den Widerstand in der NS-Zeit anknüpfte. Sie erklärten diese Auseinandersetzungen zu einem neuen „Kirchenkampf“ und setzten die kirchenfeindlichen Maßnahmen der NSDAP und der SED auf eine Stufe.⁹

Nach Stalins Tod musste auf Befehl der neuen Moskauer Führung die SED im Juni 1953 den „Neuen Kurs“ verkünden, der einen Teil der gegen die Kirchen gerichteten Maßnahmen zurücknahm. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 verzichtete die SED auf eine offene Konfrontation und erarbeitete 1954 eine Strategie, die auf eine allmähliche Einschränkung der kirchlichen Arbeit in der Öffentlichkeit und die politische Instrumentalisierung zielte. Zu den Folgen gehörten unter anderem die Unterwanderung der Kirchen durch das MfS, die Einführung der Jugendweihe und die Förderung SED-loyaler Kirchenleute. Neuerlicher politischer Druck erinnerte an die Stalinära. Die Bahnhofsmission wurde verboten, und der so genannte Lange-Erlass im Jahre 1958 machte den Religionsunterricht in den Schulen nahezu unmöglich.¹⁰ Dazu kamen neue Verhaftungen und Verurteilungen von Pfarrern und kirchlichem Personal.

Die Ausgrenzungspolitik der SED nahm gerade in rechtspolitischer Hinsicht zynische Formen an. So erklärte der Parteichef Walter Ulbricht: „Sosehr wir das Recht der religiös gebundenen Menschen anerkennen, ihren religiösen Gebräuchen nachzugehen – so bezieht sich das auf die Kirche, aber es bezieht

9 Vgl. Ueberschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945-1961. Stuttgart 2003; Dies.: Ein neuer Kirchenkampf? Kirchliche Deutungen im Vorfeld des 17. Juni. In: Greschat, Martin; Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953. Stuttgart 2003. S.109-129; Wentker, Hermann: »Kirchenkampf« in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950-1953. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994). S.95-127; Dorgerloh, Fritz: Geschichte der evangelischen Jugendarbeit in der DDR. Teil 1: Junge Gemeinde in der DDR. Hannover 1999; Institut für vergleichende Staat-Kirche Forschung (Hg.): Der 17. Juni 1953 und die Kirchen. Themenheft 14. Berlin 2003.

10 Der Minister für Volksbildung, Fritz Lange, gab den Erlass heraus. Dazu: Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirchen. Der Weg in die Anpassung. München 1993.

Die Konfrontation ging in eine „Liquidierungsphase“ über.

Der Anspruch des Marxismus-Leninismus, die „einzig wissenschaftliche Weltanschauung“ zu sein (...) machte die Auseinandersetzung mit der Religion unausweichlich.

sich nicht auf die Schule und nicht auf die Volksarmee.¹¹ 1958 wurden auch die Verwaltungsgerichte abgeschafft. Die Bürger waren nun im Beschwerdefall auf Eingaben, also auf ein Gnadenrecht angewiesen. Der Unrechtsstaat war etabliert.

Indem aus dem öffentlichen Leben das Recht verschwand, waren die Christen jeder Willkür ausgesetzt. Im öffentlichen Dienst und in den Betrieben wurden Kirchaustrittskampagnen organisiert. Fast wurde mit Existenzverlust gedroht. Neben den physischen Repressionen setzten die Kommunisten auch die kompensatorische Religionsbekämpfung ein. Der Anspruch des Marxismus-Leninismus, die „einzig wissenschaftliche Weltanschauung“ zu sein, die der Menschheit soziales und individuelles Glück garantiere und auf letzte Fragen Antworten geben könne, machte die Auseinandersetzung mit der Religion unausweichlich. Der Anspruch auf Wahrheit überschritt den Bereich des Politischen, da das Theoriekonstrukt von der großen Harmonie auf Erden selbst in religiösen Denkmustern befangen bleiben musste, wie die Vorstellung von Natur, Gesellschaft und Geschichte, die alle Erfahrungen in ein monistisches Welterklärungssystem presste. Der Kampf gegen die Kirchen bekam damit den Charakter einer Bewahrheitsstrategie. Jede Maßnahme, die die Kirche zurückdrängte, wurde als Verifizierung der eigenen Ideologie ausgegeben.

Besonders wirksam war der mit Zwang und Verlockung eingeführte Religionsersatz. So sollte durch die Einführung der Jugendweihe seit 1955 die Konfirmation als kirchlicher Ritus ersetzt werden. Nach längerem Widerstand ergaben sich immer mehr Menschen und nahmen die Jugendweihe schließlich als private Familienfeier an, auch wenn sie ideologisch nicht mit der SED übereinstimmten. Sie wollten den ständigen kleinlichen Benachteiligungen von Christen entgehen. Damit gelang es der SED, nennenswerte Teile der jungen Generation den Kirchen zu entfremden.

Die Kirchen sollten trotz der Zwangsmaßnahmen gezwungen werden, eine grundsätzliche Loyalitätserklärung gegenüber dem DDR-Staat abzugeben. In

11 Ulbricht, Walter: Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland. Referat und Schlusswort auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz der SED in Babelsberg am 2. und 3. April 1958. In: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945-1958. Berlin 1959. S.676.

der gespannten Lage kam es 1958 zu Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und dem Thüringer Bischof Moritz Mitzenheim. Am 21.7.1958 wurde eine „Gemeinsame Erklärung“ veröffentlicht, die faktisch einen Erfolg der SED darstellte, weil der bisher von den Kirchen gegenüber der SED erhobene „Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht aufrechterhalten“¹² wurde. Das wohl wichtigste Mittel des Widerspruchs, die Berufung auf geltendes Recht, wurde aus der Hand gegeben, weshalb sich einige Kirchenleitungen und Synoden von der Erklärung distanzieren. Dennoch war erstmals eine Art Status quo zwischen den Kirchen und der SED erreicht worden, der allerdings nicht belastungsfähig war. Mitzenheim begründete seine staatsloyale Haltung aus einem (neu-)lutherischen Obrigkeitverständnis.

1959 veröffentlichte ganz im Gegensatz zu Mitzenheims Programm Bischof Dibelius seine Obrigkeitsschrift, in der er dem DDR-Staat jede Legitimität und Legalität absprach und zu dessen Umgang mit dem Recht erklärte: „In einem totalitären Bereich gibt es überhaupt kein Recht. Weder ein Maximum noch ein Minimum, sondern überhaupt kein Recht [...] Es gibt nur noch eine ‚Gesetzlichkeit‘, [...] die die Machthaber im Interesse ihrer Macht erlassen [...]“¹³ Die SED reagierte mit einer Diffamierungskampagne, in der Dibelius als Atomkriegsbefürworter und als Faschist abqualifiziert wurde. Tatsächlich wurde der Bischof auch in der Kirche zunehmend isoliert und seine Absetzung betrieben, weil die kompromisslose Negation des DDR-Staates absehbar zu immer neuen Konflikten führen musste. Eine Opferung von Dibelius sollte das Regime besänftigen.

Die widersprüchlichen Haltungen der führenden Kirchenvertreter zeigten, dass eine Klärung der Standortbestimmung der Kirchen in der DDR immer dringlicher wurde. Am 8. März 1963 verabschiedete die Konferenz der Kirchenleitungen die „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“. Die umfassende Grundsatzklärung war inhaltlich und formal an der „Barmer Theologischen Erklärung“ der Bekennenden Kirche von 1934 orientiert, die in Abwehr des totalitären NS-Staates formuliert worden war. In den „Zehn Arti-

12 Besier: Der SED-Staat und die Kirchen. S.279.

13 Ebd. S.319.

keln“ hieß es: „Wenn die Kirche in der Welt für ihr Recht eintritt, verteidigt sie damit die Freiheit der Verkündigung und des Dienstes.“¹⁴ Die „Zehn Artikel“ lösten eine Hetzkampagne der SED aus. Opportunistische Theologen verfassten einen Gegentext, die „Sieben Sätze von der Freiheit der Kirche zum Dienen“, der den Kritik- und Rechtsverzicht theologisch begründete.¹⁵ Die Kirchenleitungen hatten bald nicht mehr den Mut, zu den antitotalitären „Zehn Artikeln“ zu stehen. Dennoch kam es gelegentlich auch noch zu politischen Protesten von Kirchenleitungen. So verurteilten einige 1968 den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR.

Ende der 1960er Jahre konnte die SED einen für sie besonders wichtigen Erfolg verbuchen. Ihr nachhaltiges politisches Verlangen, verbunden mit vielen offenen repressiven Maßnahmen und konspirativer Einflussnahme, führte zur Trennung der ostdeutschen Landeskirchen von der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) und zur Gründung des „Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR“ (BEK). Die EKD und auch die westdeutschen Gemeinden unterstützten materiell und immateriell die ostdeutschen Kirchen weiterhin großzügig.

Die Erfolge der Kommunisten im Kampf gegen die Kirchen beruhten auch auf dem Umstand, dass ein Teil der Bevölkerung, besonders ehemalige Nationalsozialisten, nur lose Bindungen an die Kirchen hatten. Die Schichten und Milieus der Bevölkerung, die wie die Bauern, die Bürgerlichen und die Gebildeten, besonders kulturell im Protestantismus beheimatet waren, waren von den Kommunisten aufgelöst, um Besitz und Traditionen gebracht worden. Viele von ihnen haben trotz sozialer Einschränkungen den Kirchen die Treue gehalten. Manche leisteten Widerstand in einer der vielen Widerstandsgruppen der 1950er Jahre. Andere, auch Pfarrer, hatten sich am Volksaufstand vom 17. Juni 1953 beteiligt. Doch unzählige Christen sind bis zum Mauerbau 1961 in den Westen geflohen. Die Kirchen riefen angesichts

14 Zitiert nach: Christoph, Joachim E. (Hg.): Kundgebungen: Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland 1959-1969. Verlag des Amtsblattes der EKD. Hannover 1994. S.112f.

15 Hier heißt es: »Unbesorgt um sich selbst kann sie [die Kirche, d. Verf.] furchtlos nach neuen Wegen suchen, wenn ihr Einfluss begrenzt und ihre Rechte beschnitten werden.« Zitiert nach: Besier: Der SED-Staat und die Kirchen. S.551.

dieses Schwundes der tüchtigsten ihrer Gemeindeglieder zum Bleiben in der DDR auf. Aber die Frustration überstieg häufig den Widerstandswillen und ebnete den Weg in die Freiheit.

Die Kirchen mussten versuchen, ihre geistige Unabhängigkeit zu verteidigen, die eigenen Traditionen zu wahren und die schleichende ideologische Aushöhlung aufzuhalten. Kirchliche Anstrengungen, der ideologischen Herausforderung zu begegnen, führten häufig zu Verfolgungen. Der Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler in Leipzig wurde beispielsweise 1958 zu einer hohen Strafe verurteilt, weil er den offenen Dialog mit Studenten um den marxistischen Philosophen Ernst Bloch organisierte.

2. Bedingungen der kirchlich geprägten Opposition

Der 1969 neu gegründete BEK suchte nach einer Standortbestimmung in der DDR, die sowohl öffentliche Kritik am Staat, als auch die Konflikte zwischen den politisch-weltanschaulichen Ansprüchen der SED und christlicher Existenz minimieren sollte. In der praktischen kirchlichen Arbeit gelang dies zunächst überhaupt nicht. Mit dem Machtantritt Erich Honeckers als Partei- und Staatsoberhaupt war Anfang der 1970er Jahre ein neuer Höhepunkt der Behinderung kirchlicher Arbeit zu verzeichnen. Das Dilemma ließ sich nicht auflösen und wurde letztlich nur in einer Art Begriffsharmonie theologisch verkleidet.

Schon ein Jahrzehnt vorher hatte in der Diskussion um Dibelius der Naumburger Theologiedozent Johannes Hamel, der selbst eine Haftstrafe zu verbüßen hatte, einen Mittelweg „zwischen Dibelianismus und Mützenheimismus“¹⁶, zwischen Abwendung und Anpassung, gefordert. Die Christen in der DDR sollten die Situation annehmen, da Christus auch für die Kommunisten gestorben sei. Dieser Notbehelf unklarer Formulierungen wurde weithin normierend für das Auftreten der DDR-Kirchen. So entstand die Formel „Kirche im Sozialismus“, die für Interpretationen aller Art genutzt werden konnte. Die Spannweite reichte von einer einfachen Ortsbestimmung bis hin zu einem politischen

16 Hamel, Johannes: Erwägungen zum Weg der evangelischen Christenheit in der DDR. In: Christ in der DDR. Berlin 1997. S.8.

Die Formel „Kirche im Sozialismus“ verband was nicht zu verbinden war, den atheistisch ausgerichteten Weltanschauungsstaat und die evangelischen Kirchen.

Affinitätsbezug. Ein Rechtsverhältnis zwischen Kirche und Staat beschrieb diese Formel aber nicht. Sie verband semantisch, was nicht zu verbinden war, den atheistisch ausgerichteten Weltanschauungsstaat samt dem Führungsanspruch der SED und die evangelischen Kirchen. Das Staat-Kirche-Verhältnis war nun zu einer Angelegenheit dauernder politischer Verhandlungen geworden. Nicht wenige führende Kirchenleute führten solche Verhandlungen auch insgeheim mit dem MfS. Der Fall des Pfarrers Oskar Brüsewitz, der sich 1976 aus Protest gegen die doppelbödige Kirchenpolitik zum Nachteil der kirchlichen Jugend selbst verbrannte, zeigte wie wenig der Ausgleich gelungen war.

In den 1970er Jahren waren die Konflikte mit dem SED-Staat schon unausweichlich geworden, weil der kirchliche Binnenraum innerhalb der staatlich kontrollierten und organisierten Gesellschaft immer mehr zu einer Ersatzöffentlichkeit geworden war. Dissidentische Schriftsteller und Künstler fanden in den Kirchen und Gemeinden öffentliche Foren. Vor allem aber bekam die kirchliche Jugendarbeit Zulauf aus sozialen Randgruppen und den jugendlichen Subkulturen. Es entstand die so genannte „Offene Arbeit“ für und mit jungen Menschen. Viele hatten keinen kirchlichen Hintergrund mehr, wollten sich aber den Reglementierungen des Staates und der Staatsjugend entziehen. Die Freiheit in den Kirchen faszinierte die jungen Menschen, von denen viele auch in kirchliche Berufe gelangten.

Die offizielle Kirchenpolitik wurde aber ganz im Gegensatz zu dieser Entwicklung von dem publizistisch groß aufgemachten Gespräch zwischen Honecker und der Leitung des BEK am 6. März 1978 geprägt. Der dort geschlossene „Burgfrieden“ brachte tatsächlich eine gewisse Entspannung. Die SED räumte den Kirchen einige Verbesserungen ein, z.B. Genehmigungen zu kirchlichen Bauvorhaben, zur Einfuhr von Büchern und zu kirchlichen Sendungen im DDR-Fernsehen. Der Staat sagte Unterstützung für das Lutherjahr 1983 zu, dem Erhalt der verbliebenen kirchlichen Kindergärten wurde zugestimmt und die Seelsorge im Strafvollzug und in Altenheimen konnte ausgebaut werden. Honecker versprach „Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger“.

Das Entgegenkommen der SED war nicht uneigennützig. Als Stabilitätsfaktor schienen die Kirchen der SED jetzt nützlich zu sein. Das 500. Geburtsjubiläum

Luthers konnte die DDR für die Verbesserung ihrer außenpolitischen Reputation und innenpolitisch für eine Verbreiterung ihrer Legitimationsbasis nutzen. Erich Honecker als Schirmherr der Lutherehrungen ließ großzügig die zahlreichen Gedenkstätten wieder herstellen. Luthers Rolle in der Geschichte erfuhr eine Neubewertung, indem die DDR, wie einst schon das Kaiserreich und der NS-Staat, ein eigenes Lutherbild kreierte, das das Staatswesen in der deutschen Tradition verankern und das „Geschichts- und Nationalbewusstsein“¹⁷ stärken sollte. Protestantismus und DDR-Staat wären demnach aus einer revolutionären Bewegung hervorgegangen, die nun unabhängig von ideologischen, sich ausschließenden Ansprüchen ihre Beziehungen im Sinne einer Stabilisierung der Verhältnisse regulieren könnten. Dazu gehörte auch der Versuch, das traditionelle protestantische Arbeitsethos zu mobilisieren um der spürbar mangelnden Arbeitsmotivation im Sozialismus abzuhelfen.

Indes befriedeten diese Übereinkünfte, unter denen die Erlaubnis zu Kirchenneubauten in den neuen Wohngebieten besonders wichtig war, das Staat-Kirche-Verhältnis nicht, auch wenn nun bei großen Staatsfeierlichkeiten kirchliche Vertreter auf den Ehrentribünen standen. Das Misstrauen unter Pfarrern und in Gemeinden blieb, denn trotz der angekündigten Verbesserungen brachte das Gespräch keine Rechtssicherheit. Im Konfliktfall konnten immer nur Einzelfalllösungen ausgehandelt werden. Unter anderen schrieb der Pfarrer Dietrich Ninnemann an die Kirchenleitung und wies auf die rechtlichen Mängel von Vereinbarungen hin: „Was soll mit Toleranz, die eingefordert werden darf, gemeint sein? Toleranz die eingefordert werden kann, setzt einigermaßen verbindliche Normen voraus. [...] Soll Toleranz im Sinne des Völkerrechts verstanden werden, dessen Einhaltung an der Basis eingefordert werden darf?“ Er bat um eine „Handreichung“¹⁸, die es nie gab.

Wie weit die Erosion des Rechtsverständnisses in den Kirchen vorangekommen war, zeigen zahlreiche Texte des BEK in den 1970er und 1980er Jahren. Bischof

17 Honecker, Erich: Im Ringen um Frieden dem Erbe Luthers verbunden. In: Neues Deutschland vom 10.11.1983.

18 OV »Botschaft« zu Pfarrer Dietrich Ninnemann. BStU ASt Frankfurt/Oder. BStUMfS AOP 923/85. Bd IV. Bl.109.

Bischof Albrecht Schönherr erklärte die Rechte der Kirche gegenüber dem Staat zu illegitimen Privilegien.

Albrecht Schönherr erklärte die Rechte der Kirche gegenüber dem Staat zu illegitimen Privilegien. Auch vertrat der BEK die Auffassung, dass die Theorie von den unveräußerlichen Menschenrechten eine bürgerliche Ideologie sei und zu einem ethisch nicht zu verantwortenden Individualismus führen würde. Das marxistische Menschenrechtsverständnis würde eine Herausforderung für die Christen sein, die früher „den Individualaspekt einseitig betont hätten“.¹⁹ Daraus ergebe sich: „Und wenn wir als Christen oder als Kirche für die Menschenrechte eintreten, können wir nicht einfach nur unsere individuellen Forderungen auf ihre Erfüllung stellen, sondern wir müssen die Menschenrechte zuerst als die Rechte des anderen sehen. [...] Die Menschenrechte sind für uns – hier und heute – ein wichtiges Thema. Aber wir sollten uns von einer Isolierung, in der wir schließlich nur das Selbst sehen, befreien lassen.“²⁰

Aber es gab auch in der Kirche Verteidiger des Rechts. Ein Vertreter der rechtspolitischen Opposition war der evangelische Geistliche Ulrich Woronowicz. In einem Memorandum schrieb er 1976: „Unsere Kirche ist dabei, die Grundlagen eines Rechtsempfindens zu verlassen und zu zerstören, die in der zweitausendjährigen Geschichte des Abendlandes gewachsen sind. Ursache dieses Irrweges ist die zunehmende Bereitschaft, Gedankengut, Modelle und Verhaltensweisen unserer sozialistischen Umwelt zu übernehmen.“ Er beklagte, dass „die Verbindlichkeit des Rechtes“ ausgehöhlt werde. Verteidiger des Rechtes würden als reaktionär und zurückgeblieben bezeichnet.²¹

Mit dem einsetzenden KSZE-Prozess in den siebziger Jahren, in dem sich das sowjetische Lager aus ökonomischen und politischen Gründen einer verbindlichen Fixierung von Menschenrechten nicht mehr entziehen konnte, gab es einen neuen Impuls für die Rechtsdebatte. Innerhalb der Kirchen entstanden

19 Ausarbeitung des Ausschusses Kirche und Gesellschaft und des Sekretariats des BEK. Vorbereitungsmaterial für eine ÖRK-Konsultation zu Menschenrechtsfragen vom 21.-26. Oktober in St. Pölten (Juni 1974). Abgedruckt in: Demke, Christoph; Falkenau, Manfred; Zeddies, Helmut: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Leipzig 1994. S.254.

20 Ebd. S.266.

21 Vgl. Woronowicz, Ulrich: Memorandum. Unsere Kirche hat ein gestörtes Verhältnis zum Recht. Wittenberge am 25.5.1976. Typoskript. Abgedruckt in: Ders.: Sozialismus als Heilslehre. Bergisch Gladbach 2000. S.215-224. (Nachdruck einer Samisdatausgabe von 1985).

kleine Menschenrechtsgruppen, die nun das Rechtsthema wieder aufnahmen. Zu den theologischen Vordenkern gehörte der Görlitzer Bischof Hans-Joachim Fränkel, der in mehreren großen Reden eine für die lutherische Theologie nahezu singuläre theologische Begründung der Menschenrechte vertrat. Fränkel sagte: „In der Rechtfertigung spricht Gott sein entscheidendes Ja zum Menschen. [...] In dieser Entscheidung macht Gott sein Recht auf sein Geschöpf offenbar und enthüllt den Menschen als den, der dieses Recht Gottes verneint und gerade damit sein Menschenrecht verloren hat. In dieser Entscheidung richtet Gott um Jesu Christi willen, der den Schuldspruch Gottes über des Menschen Rechtsbruch trägt, sein Recht wieder auf und schenkt damit dem Menschen sein Menschenrecht wieder.“ Daraus leitete er die aus dem Auftrag der Evangeliumsverkündigung herrührende Verantwortung der Kirche für die Menschenrechte ab, für ein „evangelisches Rechtszeugnis“ und „Kriterien für eine inhaltliche Ausformung der Menschenrechte“.²² Fränkel sprach von der „Rechtsgleichheit“, die der Entfaltung individueller Verschiedenheit nicht entgegenstehe und den irrigen Anspruch des „totalen Staates, dass ihm Leib und Seele gehöre“, begrenze. Er erwähnte auch die Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit, die nur gewährleistet werden könne, wenn sich der Staat kein Urteil über die „Wahrheit im letzten Sinne“ anmaße.²³

Die innerkirchliche Rechtsdebatte hatte vielfältige politische Wirkungen. Sie ging auf unterschiedlichen Wegen in den Ideenhaushalt der kirchlichen Opposition der 1980er Jahre ein. Deren Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte, nach Rechtssicherheit und rechtsstaatlicher Ordnung wurde stets theologisch begründet, wenngleich dies kaum offizielle kirchliche Unterstützung fand.

Die vollständige Zerstörung jeder Rechtsstaatlichkeit erzeugte in der Gesellschaft und in den Kirchen einen wachsenden Bedarf an Strategien, der SED rechtliches Verhalten abzutrotzen. Solche Strategien konnten kaum durch

22 Fränkel, Hans-Joachim: Das Zeugnis der Bibel in seiner Bedeutung für die Menschenrechte. (Vortrag). Provinzialsynode der Ev. Kirche des Görlitzer Kirchengebiets vom 4.-7.4.1975. In: epd-Dokumentation. S.25.

23 Vgl. Ebd. S.23.

Die vollständige Zerstörung jeder Rechtsstaatlichkeit erzeugte einen wachsenden Bedarf an Strategien, der SED rechtliches Verhalten abzutrotzen.

bewusste strategische Planungen entwickelt werden, sondern ergaben sich aus den Schwächen und Krisen des politischen Systems, die den Kritikern die entsprechenden Angriffsflächen boten.

Erstmals schien die im Frühjahr 1956 von Nikita Chruschtschow eingeleitete Entstalinisierung während des XX. Parteitags der KPdSU eine Chance zu bieten, die sozialistische Vision mit den Ideen von Freiheit und Recht zu verbinden. Die Bewegung griff auf zahlreiche Länder im Ostblock über, vor allem auf Polen und Ungarn, wo es schließlich zu Aufständen kam. In der DDR hofften einige kommunistische Intellektuelle, dass nun ein wahrer Sozialismus entstehen könne. Diejenigen, die sich zu weit mit Reformkonzepten vorgewagt hatten, wurden aber alsbald von der SED erbarmungslos als „Revisionisten“ verfolgt und ins Gefängnis geworfen.

Damit war freilich ein neuer Typ systemimmanenter Gegnerschaft entstanden, der den bisher dominierenden konfrontativen Widerstand zu einer legalistischen Opposition umformte. Er bestritt die Legitimation sozialistischer Gesellschaftsentwürfe nicht grundsätzlich, sondern strebte eine Reform des politischen Systems an. Exponenten dieses Reformweges waren etwa Wolfgang Harich und Gleichgesinnte der Jahre 1956 bis 1958. 1968 meldeten sich mit dem Reformversuch in der ČSSR, dem „Prager Frühling“, neue Symbolfiguren, wie Rudolf Bahro, Stefan Heym, Robert Havemann oder Wolf Biermann zu Wort. Aber der Versuch, die marxistische Partei in Bewegung zu versetzen, scheiterte. Der Marxismus als kritische Theorie brannte nahezu völlig aus; 1989 gab es nur noch wenige Oppositionelle, die sich ausdrücklich als Marxisten definierten.

Dieser Oppositionstyp, weithin bereinigt von der marxistischen Ideologie, fand in den evangelischen Kirchen eine Heimat und bestimmte die kirchliche Opposition der 1980er Jahre und die aus ihr hervorgegangenen Bürgerbewegungen im Herbst 1989. Begünstigt wurde dies, weil die Kirchen trotz aller Brechungen der letzte und nahezu autonome öffentliche Rechtsraum in einer rechtsfreien und allein politisch-ideologisch bestimmten Umwelt waren. Doch zur kirchlichen Existenzsicherung bedurfte es einer Abmilderung des totalitären Anspruchs bzw. einer Reform des politischen Systems. Ansätze für

eine solche Reformwartung sollten im Sozialismus gesucht werden, um eine Konfrontation zu vermeiden.

Ein erstes reflektiertes Konzept, das sich von den verbreiteten verbalen Loyalitätserklärungen unterschied, legte der Erfurter Propst Heino Falcke vor. Er hielt auf der Synode des BEK vom 30. Juni bis 4. Juli 1972 in Dresden den Hauptvortrag unter dem Thema „Christus befreit – darum Kirche für andere“. Angesichts des Mangels an „freiem Rechtsraum“ beschrieb Falcke die Aufgaben und den Dienst der Kirche als eine ethische Herausforderung: „Die Aufgabe, gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit zu kämpfen, bleibt auch in unserer Gesellschaft, denn die Geschichte steht unter dem Kreuz. [...] Diese Verheißung trägt gerade auch da, wo die sozialistische Gesellschaft enttäuscht und das sozialistische Ziel entstellt oder unkenntlich wird. Eben weil wir dem Sozialismus das Reich der Freiheit nicht abfordern müssen, treiben uns solche Erfahrungen nicht in die billige Totalkritik, die Ideal und Wirklichkeit des Sozialismus vergleicht und sich zynisch distanzieren. Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus.“²⁴

Um der politischen Mitverantwortung für die Verbesserung des Sozialismus willen müsse die Freiheit des Individuums und die Mündigkeit des Bürgers eingefordert werden: „Um der mündigen Mitarbeit willen wäre es wichtig, wenn unsere Gesellschaft den Spielraum an offener Diskussion erweitert. Verantwortliche Mitarbeit wird angestrebt. Würde die Bereitschaft dafür aber nicht wachsen, wenn auch ‚heiße Eisen‘ offener diskutiert werden könnten, wenn Andersdenkende nicht sogleich als Falschdenkende behandelt würden, die erzogen und geschult werden müssen, sondern wenn man sie als mündige Partner achtete? Würde die Partei in ihrer führenden Rolle nicht Autorität gewinnen, wenn diese Autorität mehr als Autorschaft von Freiheit und als Hilfe zu mündiger Selbstverantwortung erkennbar würde? [...] Ist es nicht lebenswichtig für den Sozialismus, dass er solche Mündigkeit anstrebt und fördert?“ Vorläufig aber gelte: „So könnte es in der Kirche eine kritische Öffentlichkeit,

„Die Aufgabe, gegen Unfreiheit und Ungerechtigkeit zu kämpfen, bleibt auch in unserer Gesellschaft, denn die Geschichte steht unter dem Kreuz.“

²⁴ Falcke, Heino: Mit Gott Schritt halten. Reden und Aufsätze eines Theologen in der DDR aus 20 Jahren. Berlin 1986. S.12ff.

eine Stätte des freien Wortes, eine Öffentlichkeit für radikale Fragen und angstfreie Lernbereitschaft geben. Das wäre ein eminent wichtiger Beitrag zur mündigen Mitverantwortung in der Gesellschaft.“²⁵

Indem Falcke dem Sozialismus Reformfähigkeit unterstellte und den realen Sozialismus wenigstens teilweise mit der sozialistischen Utopie identifizierte, signalisierte er auch, dass er die Legitimationsgrundlage der DDR nicht anzugreifen gedachte. Auch der von ihm geprägte Begriff von einer „kritischen Solidarität“ lag auf dieser Ebene. Der SED-Staat wollte aber ein solches Angebot nicht annehmen. Die SED erkannte in diesem Konzept eine enorme politische Sprengkraft, da die mündige, freie und kritische Äußerung und Mitgestaltung im realen Sozialismus die Totalansprüche der Partei relativierte. Die Aufforderung Falckes, Freiheit und Verantwortung in der Kirche antizipatorisch zu leben, musste als eine Kampfansage verstanden werden. Deshalb wurde auf die Synode und die Kirchenleitung vom Staat sofort starker Druck ausgeübt, diesen Vortrag nicht als offizielles Synodenpapier zu verabschieden und seine Veröffentlichung zu verhindern. Tatsächlich haben einige Landeskirchen den Text als nicht existent betrachtet; das Berliner Sekretariat des BEK gab dann auch nur eine begrenzte Anzahl von Exemplaren heraus. Der Text verbreitete sich trotzdem in kritischen Kreisen. In der kommunistischen Presse wurde Falckes Vortrag als Infiltrationsversuch „eines revisionistischen Sozialdemokratismus“ denunziert. Auch angepasste Kirchenleute sprachen von „Dubček-Ideologie“ und sagten unter Bezugnahme auf eines der wichtigsten Prager Reformdokumente: „Es wären die 1 000 Worte in deutscher Sprache.“²⁶

Das Konzept Falckes und ähnliche vergleichbare Ansätze wirkten wie Hefe im Nährboden der Kirche, die sich nicht vollständig unterwerfen wollte und zugleich ihr politisches Gegenüber in einen Dialog verstricken musste. Weder die kirchlichen Loyalisten und die theologischen Strategen eines Rückzuges aus der Gesellschaft noch der SED-Staat fanden ein Rezept gegen die Utopie von einem „verbesserlichen Sozialismus“. Der in diesem Konzept abgesteckte

²⁵ Ebd.

²⁶ Krone, Tina; Schult, Reinhard (Hg.): Seid untertan der Obrigkeit. Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4. Berlin 1992.

Oppositionstyp dominierte schließlich. Diese Opposition arbeitete auf eine Demokratisierung des politischen Systems, die Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und die Erweiterung des Handlungsspielraums des Individuums hin, ohne den Sozialismus als solchen prinzipiell in Frage zu stellen. Das bedeutete zugleich eine Selbstbegrenzung in den politischen Zielsetzungen. Derart argumentierende Oppositionelle gingen aber stets vom Gegensatz zwischen Gesellschaft und herrschender Partei aus. Mit ihrer Verankerung im institutionellen kirchlichen Rahmen stand ihnen ein gesellschaftlicher Bewegungsraum im Gegenüber zur SED zur Verfügung. Von hier aus nutzten sie jeden noch so kleinen legalen Spielraum, um sich als eigenständige soziale und politische Kraft in der Öffentlichkeit zu zeigen. Ihre Themen waren neben der Rechts- und Menschenrechtsfrage fast durchweg sozialetischer Natur: Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Das waren sehr hohe ethische Ansprüche an die triste sozialistische Realität.

Die kirchliche Sozialethik mit einer zivilisationskritischen Tendenz wurde zum wichtigsten geistigen Instrument der Kritik am realen Sozialismus. Sie war zunächst im vopolitischen Raum angesiedelt, da der ethische Einspruch noch kein politisches Programm enthält. Aber die Kirchen reagierten auf die akute Friedensfrage, die in der DDR wegen der Militarisierung der Gesellschaft eine starke innenpolitische Komponente hatte. Sie reagierten auf die enormen Umweltprobleme der DDR, die staatlicherseits geleugnet oder verharmlost wurden. Mit der Institutionalisierung sozialetischer Arbeitsbereiche in den 1970er Jahren, wie dem „Ausschuss Kirche und Gesellschaft“, dem „Facharbeitskreis Friedensfragen“ in der „Theologischen Studienabteilung“ in Berlin und dem „Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg“ wurden neben den geistigen auch Ansätze für die organisatorischen Grundlagen der oppositionellen Ökologie- und Friedensbewegungen geschaffen.

Die Kirchen stellten außerdem Informationen zu Verfügung, boten den Raum der öffentlichen Reflexion und gaben zumeist auch Hilfen bei der Organisation der frühen Friedens- und Umweltbewegung. Da kritische Texte in der DDR nicht gedruckt werden konnten, verbreiteten die kirchlichen Institutionen ihre hektographierten Materialien in zahlreichen Heften.

Die kirchliche Sozialethik mit einer zivilisationskritischen Tendenz wurde zum wichtigsten geistigen Instrument der Kritik am realen Sozialismus.

3. Oppositionelle Bewegungen in den 1980er Jahren

Die oppositionelle Bewegung entsprang nicht nur dem Geist der Kirchen, sondern blieb bis 1989 auch von den kirchlichen Strukturen abhängig.

Die oppositionelle Bewegung entsprang nicht nur dem Geist der Kirchen, sondern blieb bis 1989 auch von den kirchlichen Strukturen abhängig. Ihre Anfänge gehen zum Teil auf die kirchlich organisierten Gruppen und Netzwerke der ehemaligen Bausoldaten zurück, die nach ihrem waffenlosen Dienst in der „Nationalen Volksarmee“ zumeist stark politisiert waren. Ende der 1970er Jahre bildeten sich rasch aus der Protestbewegung gegen den obligatorischen Wehrunterricht an den Schulen erste Friedensgruppen. Etwa zeitgleich bildeten sich unter kirchlichem Dach auch verschiedene Umweltgruppen. Diese Opposition war in den 1980er Jahren in über 200 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen mit kirchlicher Anbindung organisiert. Innerhalb dieses Spektrums traten einige von den Kirchen unabhängige Gruppen hervor. Die innere Kommunikation zwischen den Gruppen wurde über verschiedene Netzwerke und einen sich stetig ausweitenden illegalen oder halblegalen Samisdat sowie über kirchliche Kommunikationsstrukturen aufrechterhalten.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die Bewegung Anfang der 1980er Jahre. Eine große Rolle spielte das Ringen um einen echten sozialen Friedensdienst, der Wehrdienstverweigerern außerhalb der Armee Tätigkeitsfelder erschließen sollte. Mehrere tausend junge Leute beteiligten sich. Noch größer war das Engagement in der Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Etwa 100 000 Menschen trugen das Symbol bis es in der Öffentlichkeit verboten wurde. Diese und andere Aktivitäten implizierten neben der sozialetischen Ausrichtung immer auch politische Forderungen an das SED-Regime. Stets ging es um Versammlungs- und Meinungsfreiheit, um politische Partizipation und Rechtssicherheit. Diese Grundfreiheiten sollten erst den Bewegungsraum schaffen, den die Aktivisten benötigten.

Das Verhältnis dieser Gruppen zu den Kirchenleitungen, oft auch zu den Gemeinden, war bisweilen ziemlich angespannt. Die Politisierung beunruhigte die Kirchenleitungen, die unter dem ständigen Druck zur Loyalität gegenüber dem Staat standen. So kam es immer wieder zu innerkirchlichen Behinderungen und auch zu Verboten. Aber es fanden sich gleichzeitig auch Pfarrer

und Gemeinden, die die Bewegung förderten oder selbst Teil der Bewegung wurden. Auch direkte Verbindungen zu amtskirchlichen Strukturen konnten sich entwickeln.

Die Querverbindung zu den Kirchen gewann 1988 und im Frühjahr 1989 in den ökumenischen Versammlungen im so genannten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung“ den deutlichsten Ausdruck. Die evangelische Kirche wurde zum Träger des Prozesses, an dem sich auch die katholische Kirche beteiligte. Die hier erarbeiteten und verabschiedeten Texte verlangten unter anderem die Ermöglichung eines „freimütigen und ehrlichen Meinungsaustausches“, mehr „Rechtssicherheit“, eine „klare Trennung der Kompetenzen von Staats- und Parteifunktionen“, eine Wahlrechtsreform sowie „gleiche Chancen für alle unabhängig von ideologischen Überzeugungen“. Weiterhin forderten sie für „mündige Bürger [...] ungehinderte Möglichkeit sich zu versammeln und in selbständigen Vereinigungen“²⁷ handeln zu können.

Zugleich spielte aber auch für Oppositionelle das Leben bzw. die Lebensgestaltung in den Kirchen, ihren Gemeinden und Gruppen eine große Rolle. Hier wollten sie in Übereinstimmung von ethischer Einsicht und eigener Lebensweise ihrer Wahrheit leben. Immer wieder neu flammten in diesen Gruppen Lebensweisedebatten auf. Gewiss bewegten sich die Akteure damit in einem vorpolitischen Bereich, der zunächst nur geeignet war, die Voraussetzungen für das Politische zu schaffen. Dies entsprach jedoch den zivilgesellschaftlichen Konzepten, wie sie ostmitteleuropäische Autoren wie Václav Havel oder György Konrad vertraten, die die Entwicklung einer von der kommunistischen Partei und des von ihr okkupierten Staates unabhängigen Gesellschaft als Faktor der Machtbegrenzung der Kommunisten betrachteten.²⁸

Folgerichtig lag daher der Schwerpunkt oppositioneller Betätigung weniger in der Ausarbeitung politischer Programme als vielmehr in der Abarbeitung poli-

Die evangelische Kirche wurde zum Träger des Prozesses, an dem sich auch die katholische Kirche beteiligte.

²⁷ Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Berlin 1990. S.72ff.

²⁸ Vgl. Timmer, Karsten: Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989. Göttingen 2000.

tischer Themen. Und diese waren aus den offensichtlichen Mängeln des Herrschaftssystems abgeleitet. Auf die äußere und innere Militarisierung reagierte die oppositionelle Friedensbewegung, auf die extensive Wirtschaftsweise die Umweltbewegung und auf die Rechtlosigkeit die Menschenrechtsbewegung. Orientierung bot dabei die protestantische Sozialethik und auch die katholische Soziallehre, deren politisch motivierende Kraft aus der ihnen innewohnenden Universalität rührte. Es ging den Oppositionellen nicht nur um die DDR, sondern um die Rettung der Menschheit. Diese konnte für Oppositionelle nicht von einer Kommandostelle zur Zwangsbeglückung ausgehen, sondern war an den Raum verwiesen, in dem Menschen Beziehungen durch die gegenseitige Anerkennung ihrer Rechte und ihrer Schuld unterhielten. Die Formel „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ drückten den universellen Anspruch Gottes aus, dem der politische Akteur in einer dramatischen Herausforderung gerecht werden wollte.

1988 stellte beispielsweise der evangelische Theologe Friedrich Schorlemmer auf dem Kirchentag in Halle ein Thesenpapier vor, in dem Reformstau und Krise der DDR in Verbindung zur „Lebensbedrohung globalen Ausmaßes“ gebracht wurden, was ein „Umsteuern“ nötig mache: „Es geht uns Christen zuerst um unser Umdenken und um eine Umkehr, die jeden Einzelnen in der Tiefe betrifft und eine Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen braucht. Wir betrachten unsere gesellschaftliche Apathie als eine zeitgenössische Gestalt der Sünde.“²⁹

Der sich anschließende politische Forderungskatalog enthielt auch Forderungen nach politischer Partizipation, freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Verzicht auf das kommunistische Wahrheitsmonopol und nach Reformen des Wirtschaftssystems. Indem also das politische Handeln als göttlicher Auftrag verstanden wurde und die menschlichen Fehlleistungen Einzelner bzw. der Gesellschaft gegenüber der aus den Fugen geratenden Schöpfung zu korrigieren waren, wurde Politisches dem Drama der Gott-Mensch-Beziehung zugeordnet. Die Missstände wären durch Buße und Umkehr abzustellen.

²⁹ Vorbereitungsgruppe Arbeitskreis Frieden Wittenberg. Umkehr führt weiter. Wo gesellschaftliche Erneuerung nötig wird. Thesen zum Kirchentag in Halle 1988. In: Über das Nein hinaus. Aufrisse II. Samisdat 1988. S.32.

Die theologisch weit ausgreifenden politischen Vorstellungen verliehen den Oppositionellen auch einen utopischen Habitus. Das war ein Grund für den Mangel an pragmatischen Politikgehalten und zugleich war damit die Mobilisierung Gleichgesinnter auf den religiösen Teil der Bevölkerung beschränkt.

Für die SED blieb diese Opposition dennoch gefährlich, forderte sie doch auch die demokratischen Grundrechte ein. Allerdings war es für das MfS nicht immer leicht, diese Utopisten zu kriminalisieren, die zudem in der Regel legalistisch vorgingen. Jeder Versuch der Oppositionellen, mit staatlichen Stellen über Missstände in der DDR zu reden, wurde von der SED strikt zurückgewiesen. Schon die häufige SED-interne Klassifizierung der Kirche, als „legale Position des Feindes in der DDR“ zeigt eine gewisse Hilflosigkeit. Und das MfS, das die Opposition mit konspirativen Mitteln zu bekämpfen hatte, verstand alle „Versuche der Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit, mit der Partei und dem Staat in einen politischen Dialog zu treten und sich somit Legalität zu erschleichen“ als konterrevolutionäre Strategie.³⁰

Der aus einer Reformutopie gespeiste Legalismus der Opposition erwies sich aber als äußerst wirksam. Als etwa bei der letzten „Volkswahl“ am 7. Mai 1989 Oppositionelle die massiven Wahlfälschungen aufdeckten, hatten sie sich an die bestehenden Gesetze gehalten. Der Rechtsbruch war von der SED ausgegangen, die selbst die strafbaren Wahlfälschungen organisiert hatte und nun in arge Verlegenheit kam.³¹

4. Kirche und Revolution

1988 geriet das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in eine ernsthafte Krise, die die kirchenpolitische Fassade zum Einsturz brachte. Anlass waren die Versuche des SED-Staates, die in kirchlichen Strukturen operierende Opposition

³⁰ Vgl. Konzeption zur Verteidigung des Forschungsprojektes »Die Analyse des aktuellen Erscheinungsbildes politischer Untergrundtätigkeit, der Herausarbeitung wesentlicher Tendenzen ihrer Entwicklung und die Ableitung grundsätzlicher Konsequenzen für die weitere politisch-operative Arbeit und ihrer Leitung auf diesem Gebiet«. Entwurf: BStU MfS ZAIG 7972. Bl.15.

³¹ Vgl. Kloth, Hans Michael: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«. Berlin 2000.

Der aus einer Reformutopie gespeiste Legalismus der Opposition erwies sich als äußerst wirksam.

Ende 1987 und im Januar 1988 mundtot zu machen. Nach einer Verhaftungswelle verlangte der Staat kategorisch, die Kirchen sollten der Opposition keine Handlungsräume mehr zur Verfügung stellen. Auch neue kirchenpolitische Verhandlungen konnten diesen Riss nicht mehr heilen. Am 19. Februar 1988 verhandelten der Beauftragte des Politbüros Werner Jarowinsky und der Vorsitzende des BEK Bischof Werner Leich vertraulich über die durch oppositionelle Aktivitäten verschlechterten Staat-Kirche-Beziehungen. Jarowinsky sprach vom Missbrauch „der Kirche als ‚trojanisches Pferd‘“³². Die Krise spitzte sich noch zu, als Bischof Leich vor der Synode des Bundes der evangelischen Kirche am 20. September 1988 forderte, dass die Gesellschaft „ein menschliches Angesicht“³³ haben müsse. Umgehend reagierte Honecker am 26. September 1988 mit Drohungen vor der martialischen Kulisse einer Kampfgruppenparade.

Zeitgleich kam in den Kirchen eine neue Debatte über die Formel „Kirche im Sozialismus“ auf. Bekannte kirchliche Stimmen wie etwa Richard Schröder, Götz Planer-Friedrich und Landesbischof Leich erklärten die vieldeutige Formel „Kirche im Sozialismus“ für unbrauchbar. Da die SED-Führung bemerkte, dass die Kirchen nicht domestizierbar waren, verlegte sie sich noch einmal auf kirchenpolitische Restriktionen. Unter anderem veranlasste die SED 1988 die Gründung eines Freidenkerverbandes, um dem öffentlichen Einfluss der Kirchen entgegenzusteuern.

Dennoch waren die Kirchen zunächst nicht bereit, die offene Konfrontation zu wagen. Sie blieben zögerlich und schauten misstrauisch auf die zunehmenden Aktivitäten der oppositionellen Gruppen und kritischen Theologen. Als Oppositionsgruppen unter Beteiligung von kirchlichem Personal im Mai 1989 die Wahlfälschungen aufgedeckten und Protestdemonstrationen planten, versuchte die Konferenz der Kirchenleitungen diese zu bremsen. Die Konferenz monierte zwar in ihrer Tagung vom 2. bis 3. Juni 1989 „die beobachteten Unstimmigkeiten bei der Auswertung der Wahl“ und appellierte an die SED für „eine Weiterentwicklung des Wahlverfahrens“ Sorge zu tragen. Zugleich

32 Initiative Frieden Menschenrechte (Hg.): Die Kirche. August 1988. Samisdat. S.5.

33 Leich, Werner: Gesellschaft mit menschlichem Angesicht. In: Kirche im Sozialismus 1988/5. S.171.

hieß es jedoch: „Wir bitten Gemeindeglieder und Mitarbeiter unserer Kirchen, ihre Anfragen sachlich vorzubringen, damit immer deutlich bleibt, dass wir aus der Verantwortung für das Ganze, in die uns der Glaube stellt, reden und handeln [...]. Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche.“³⁴

Im September 1989 spitzte sich zeitgleich mit den ersten Massendemonstrationen in Leipzig, der Formierung der neuen Oppositionsbewegungen, dem Aufbegehren der Künstler und der Fluchtwelle über Ungarn und der ČSSR der kirchenpolitische Konflikt weiter zu. Was scheinbar bisher unabhängig voneinander das SED-Regime belastete, ballte sich nun zusammen und erreichte eine kritische Masse. Die Kirchen beobachteten, dass der SED-Staat nicht mehr in der Lage war, die anstehenden Probleme zu lösen. Der Staat war für viele Kirchenleute selbst zum Problem geworden. Damit bahnte sich ein kirchenpolitischer Umschwung an, in dessen Verlauf die Kirchen selbst zu revolutionären Akteuren wurden.

So widerstanden sie dem staatlichen Druck, als dieser etwa in Leipzig die wöchentlichen Friedensgebete verhindern wollte. Die Konferenz der Kirchenleitungen schickte am 2. September einen Brief an Honecker. Dieser wurde gebeten, eine „offene und wirklichkeitsnahe Diskussion“ zuzulassen, statt mit „Belehrungen oder sogar Drohungen“ zu reagieren. Es sollten „eine realistische Berichterstattung“ ermöglicht, und jeder „Bürger als mitverantwortlicher Partner“ respektiert werden.³⁵ Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach verschärfte die kirchenpolitische Situation trotz intensiver konspirativer Einflussnahme durch die Agenten des MfS weiter. Die kritischen Theologen und Laiensynodalen gewannen die Oberhand. Am Rande der Synode wurden Papiere der Oppositionsbewegungen und einiger Ost-CDU-Rebellen verteilt. Auch Leich sprach sich offen für die nun außerhalb der Kirchen agierenden Oppositionsgruppen aus.

34 Konferenz der Kirchenleitungen 124. Tagung. Vorlage Nr. 3/2 vom 2./3.6.1989. Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl. Privatsammlung Neubert.

35 Vgl. Leich, Werner: Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen. Schreiben vom 4.9.1989 mit Sperrfrist 9.9.1989 an die Gemeinden des BEK. Privatsammlung Neubert.

Damit bahnte sich ein kirchenpolitischer Umschwung an, in dessen Verlauf die Kirchen selbst zu revolutionären Akteuren wurden.

Die kritischen Theologen und Laiensynodalen gewannen die Oberhand.

„Wir brauchen: ein allgemeines Problembewusstsein dafür, dass Reformen in unserem Land dringend notwendig sind...“

Die Synode erklärte in ihrem Beschluss: „Wir brauchen: ein allgemeines Problembewusstsein dafür, dass Reformen in unserem Land dringend notwendig sind, [...] verantwortliche pluralistische Medienpolitik; demokratische Parteienvielfalt; Reisefreiheit für alle Bürger; wirtschaftliche Reformen; verantwortlichen Umgang mit gesellschaftlichem und persönlichem Eigentum; Möglichkeit friedlicher Demonstrationen; ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen ermöglicht.“³⁶ Dieser Erklärung folgten wütende Angriffe in der SED-Presse, die die Kirche auf die Seite der Konterrevolution übergelaufen sah.

Neu war auch, dass sich nun selbst kirchenleitende Geistliche für die Opposition engagierten.³⁷ Das Zusammenspiel der Kirchen mit den neuen oppositionellen Bewegungen war regional unterschiedlich ausgeprägt, jedoch überall zu spüren. Hinzu kam, dass die Kirchen nun selbst Forderungen anmeldeten. Sie verlangten eine Verbesserung für die christlichen Kinder an den Schulen. Außerdem setzten sie die Abschaffung des Amtes des Staatssekretärs für Kirchenfragen durch, das eines der wichtigsten Einfluss- und Kontrollorgane der SED gegenüber den Kirchen gewesen war.

Im September 1989 gründeten sich in rascher Folge die aus den kirchlichen Oppositionsgruppen hervorgegangenen Bürgerbewegungen, die sich formal aus den kirchlichen Strukturen lösten. Ein Großteil der Gründer der revolutionären Bewegungen, des Neuen Forums, Demokratie jetzt, Demokratischer Aufbruch und Sozialdemokratische Partei (SDP) kamen aus der kirchlichen Arbeit. Sie hatten nicht nur den geistigen Freiraum der Kirche nutzen können, sondern waren auch durch theologische und spirituelle Erfahrungen geprägt. Diese Motivation setzte so viel Energie frei, dass sie über Monate die Hauptlast bei der Mobilisierung der Gesellschaft, der Initiierung von Demonstrationen, der Entmachtung der SED und des Staatssicherheitsdienstes und den bei Verhandlungen am Runden Tisch tragen konnten. Aber bei vielen machte sich der utopische Überschuss bemerkbar, der oftmals einer pragmatische Vorgehensweise im Wege stand. Das führte auch zu Unsicherheiten in der Bearbeitung der deutschen Frage nach dem

36 Beschluss der Synode des BEK vom 15.-19. September. Abgedruckt in: Rein, Gerhard: Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin 1989. S.216.
37 Vgl. Küttler, Thomas; Röder, Jean Curt: Die Wende in Plauen. Plauen 1993. S.31.

9. November 1989. Viele Kirchenleute und Oppositionelle wollten erst alle Probleme der Welt lösen, bevor sie die Einheit Deutschlands befürworten mochten. Die DDR-Bürger, die die oppositionellen Bürgerbewegungen erst unterstützt hatten, wendeten sich deswegen bald von ihnen ab. Die Opposition hat also sehr wohl die politische Energie, ihre Geisteshaltung und ihre Zivilcourage ihren kirchlichen Wurzeln zu verdanken. Doch Programme und pragmatisches Handeln konnten die Kirchen nicht zur Verfügung stellen. Politische Gehalte mussten Oppositionelle erst im Zuge der Revolution erarbeiten.

Der wohl wichtigste Beitrag der Kirchen zur Revolution waren die Friedensgebete.³⁸ Sie waren sinnfällige Orte des Synergismus von Kirche, Opposition und Gesellschaft. Die Kirchengebäude stellten einen geschützten Raum dar, weil auch in der DDR, wie in nahezu allen Diktaturen, die Machthaber davor zurückschreckten, sakrale Orte direkt anzugreifen. Die Friedensgebete standen monatelang im engsten Zusammenhang mit den Demonstrationen. In der Regel fanden die öffentlichen Proteste nach den Friedensgebeten statt. Selbst als der öffentliche Raum ab Ende November frei gekämpft worden war und Veranstaltungen auch außerhalb der Kirchen stattfinden konnten, verloren die Friedensgebete nicht ihre Funktion. Sie waren ein Ort der Kooperation zwischen allen relevanten politisch agierenden Gruppen: den Ausreiseartragstellern, den kirchlichen Vermittlern, der Opposition, den Demonstranten, den Künstlern und bisweilen auch Vertretern der SED. Sie waren Nachrichtenbörse und Kommunikationsraum, Orte für Mahnwachen und Anlaufstellen für Verfolgte, auch Verteilstellen für Material. Sie waren Ruhepunkt und gaben der Hoffnung auf Veränderung eine Heimat. Die Gebete boten eine verlässliche „Wiederholungsstruktur“³⁹, die Kirchenbesuch und Demonstrationsteilnahme nahezu ritualisierten.

So wurden die Friedensgebete ein wichtiges Medium im Ringen um die Macht. Während die SED ihren Einfluss verlor, konnten Oppositionelle und Kirchenleute in den Friedensgebeten Beziehungen zwischen Menschen herstellen. Oft

38 Die bislang fundierteste Analyse der Friedensgebete: Geyer, Herrmann: Nikolaikirche, montags um fünf: die politischen Gottesdienste der Wendezeit in Leipzig. Darmstadt 2007.

39 Dazu: Wagner-Kyora, Georg: Eine protestantische Revolution in Halle. In: Heydemann, Günther; Mai, Gunter; Müller, Werner (Hg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Berlin 1999. S.361/362.

Politische Gehalte mussten Oppositionelle erst im Zuge der Revolution erarbeiten.

Der wohl wichtigste Beitrag der Kirchen zur Revolution waren die Friedensgebete.

Die wichtigste Anzahlung auf die Freiheit, war die Erfahrung des Glücks freien Redens.

auch für die Akteure überraschend wuchs mitten in einer Situation, wo die Angst noch die Zuversicht in Schach hielt, eine neu gewonnene Kraft der Schwachen, der Schweiger, der Ängstlichen. Unerwartet für viele Veranstalter nahmen auch die dem kirchlichen Leben entfremdeten Menschen die für sie ungewohnte politische Spiritualität an. Hier standen die Rituale der Befreiung den kommunistischen Ritualen der Unterwerfung gegenüber. Die politische Vernunft war in den kirchlichen Friedensgebeten angesiedelt. Die wichtigste Anzahlung auf die Freiheit, war die Erfahrung des Glücks freien Redens. Zeitzeugen beschreiben immer wieder und aus allen Orten der DDR, wie die Menschen in den Friedensgebeten zu ihrer eigenen Sprache, zu ihrem eigenen Denken und Wollen zurück fanden. Die Ausstrahlung dieser politischen Spiritualität beruhte auf der religiösen Dramatisierung der unmittelbaren, aktuellen politischen Erfahrungen.

Die Friedensgebete waren auch ein Element der Gewaltlosigkeit der Revolution. Bis zum 10. Oktober 1989 waren nach Angaben des MfS in der DDR mindestens 3.318 Menschen⁴⁰ festgenommen worden. Fast alle hatten Misshandlungen erlitten und eine größere Anzahl war dabei verletzt worden. Über 600 Personen wurden mit einem Ermittlungsverfahren überzogen. Angesichts der Gewalt haben verantwortliche Oppositionelle, Kirchenvertreter und Künstler immer wieder zum Gewaltverzicht aufgerufen. Obwohl die Demonstranten schon von sich aus mit Sprechchören wie „Wir sind keine Rowdys“ und „Keine Gewalt!“ ihren friedlichen Charakter bekundeten, wurden in Friedensgebeten immer wieder Hinweise für gewaltfreies Handeln gegeben. Die Oppositionellen der 1980er Jahre hatten mit diesen Formen der politischen Auseinandersetzung ihre Erfahrungen und konnten deswegen detaillierte Verhaltensstrategien für den Fall gewaltsamer Polizeiaktionen weitergeben.

Einen Reinfluss erlitt die SED in Halle, als Hans-Joachim Böhme, Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle der SED, plante, zuverlässige Genossen für eine Demonstration am 30. Oktober 1989 zur Unterstützung der SED zu gewinnen. Die Genossen sollten aus dem gesamten Bezirk herange-

fahren werden. Das Motto sollte lauten: „Rote Fahnen gegen weiße Kerzen!“ Doch die makabre Demonstration fiel mangels Beteiligung aus. Wohl aber kamen 50.000 empörte Hallenser an diesem 30. Oktober zusammen, um für die Demokratisierung zu demonstrieren.

In den von Gewalt, Angst und Drohungen gekennzeichneten Oktobertagen versuchten Kirchenleute zwischen den Staatsorganen und den Demonstranten zu vermitteln. Vielerorts nahmen die Staatsvertreter solche Angebote an, da sie hofften, die Kirchen würden in der Lage sein, die Proteste einzudämmen. Die Kirchenvertreter haben in unterschiedlicher Weise versucht zur Deeskalation beizutragen. Aber sie haben zugleich von den Staatsorganen Zugeständnisse gefordert. So verhandelten sie über die Freilassung der Gefangenen und verlangten, dass Demonstranten und Oppositionelle in die Gespräche einbezogen würden. Das gelang auch in mehreren Städten.

Aber erst als das SED-Regime in der Krise geschwächt war, weil die Kluft zwischen Gesellschaft und Herrschaftskaste offensichtlich geworden war, versuchte es den Riss zu kitten, um selbst wieder handlungs- und machtfähig zu werden. Notgedrungen suchten die Kommunisten 1989 im Zerfall dadurch eine gewisse Stabilisierung zu erreichen, indem sie Vereinbarungen mit jenen anstrebten, die sie vorher als Oppositionelle bekämpft hatten. So kam es zu den Verhandlungen am Runden Tisch, die der SED – trotz vieler politischer Manöver – zunehmend entglitten. Mit jedem Recht, das sie sich abhandeln ließen, verloren sie an Macht und stärkten die Gegenkräfte.

Die Kontaktgruppe der Opposition in Berlin lud die Kirchen zum 24. November 1989 ein, den Runden Tisch zu moderieren.⁴¹ Der Runde Tisch musste seine Legitimität aus der Bewegung schöpfen, die zu ihm geführt hatte. Vor allem aber musste eine Gesprächsebene zwischen den alten und den neuen Kräften gefunden werden. Für diese vermittelnde Aufgabe schienen nur die Kirchen geeignet zu sein, weil sie mehr oder weniger Erfahrungen mit politischer

So kam es zu den Verhandlungen am Runden Tisch, die der SED – trotz vieler politischer Manöver – zunehmend entglitten.

⁴⁰ Vgl. Hollitzer, Tobias; Bohse, Reinhard (Hg.): Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution. Fribourg 2000. S.457. Nach Angaben des Generalstaatsanwalt Günter Wendland wurden 3456 Personen festgenommen. Vgl. Neues Deutschland vom 20.11.1989. S.3.

⁴¹ Schreiben der Kontaktgruppe der Opposition an das Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz und das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen. Berlin 24.11.1989. In: Kuhr, Eberhard; Buck, Hannsjörg F.; Holzweißig, Gunter(Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999. S.463.

Konfliktminimierung hatten und ein Mindestmaß an Vertrauen auf beiden Seiten genossen. Am Zentralen Runden Tisch in Berlin haben diese Aufgabe die kirchlichen Moderatoren, Oberkirchenrat Martin Ziegler, Monsignore Karl-Heinz Ducke und Pfarrer Martin Lange hervorragend gelöst. Mit einem Gottesdienst in der Gethsemanekirche verabschiedete sich der Runde Tisch vor den ersten freien Wahlen. Es war der erste Gottesdienst anlässlich eines staatsrechtlich bedeutsamen Aktes in der DDR.

Schon seit Oktober 1989 hatte der revolutionäre Prozess die Regionen und Kommunen erfasst. In wenigen Wochen beteiligten sich tausende Menschen an der Kontrolle der von der SED beherrschten Apparate. Dazu wurden neben den staatlichen Institutionen neue Strukturen geschaffen, für die sich schnell die Bezeichnung Runder Tisch durchsetzte. Als die Debatten um den Zentralen Runden Tisch öffentlich wurden, bildeten sich um den 20. November in den Regionen erste Runde Tische. Seit der ersten Dezemberwoche luden auch die Räte der Bezirke, der Kreise und vieler Kommunen zu Runden Tischen ein, die bis Januar installiert wurden. Sie wollten damit ihrem Autoritätsverlust entgegenwirken. Die kirchlichen Vertreter verschiedener Konfessionen nahmen vielfach eine hervorragende Stellung ein und beanspruchten bisweilen ein eigenes Stimmrecht. Sie verfügten über Sprachfertigkeiten und nahezu allein über Erfahrungen mit demokratischen Verfahren.

Was sich an den Runden Tischen gezeigt hatte, setzte sich auch nach den ersten freien Wahlen im März 1990 fort. In die frei gewählte Volkskammer waren 24 Theologen, dazu zahlreiche kirchliche Mitarbeiter und noch mehr Kirchenmitglieder gewählt worden. Ein erheblicher Anteil des neuen Personals, der neuen parteiübergreifenden politischen Klasse der Revolution – vom Volksvertreter bis in die Regierung – kam aus den Kirchen, vor allem aus den protestantischen. Am 12. April 1990 wählte die Volkskammer den stellvertretenden Präsidenten der Bundessynode Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten der Koalitionsregierung aus der Allianz für Deutschland, der SPD und den Liberalen. Die Koalition war trotz schwieriger Verhandlungen möglich, weil unter den neuen Politikern viele evangelische Theologen und kirchlich verbundene Laien waren, die über die Parteigrenzen hinweg eine gemeinsame Sprache finden konnten.

In die frei gewählte Volkskammer waren 24 Theologen, dazu zahlreiche kirchliche Mitarbeiter und noch mehr Kirchenmitglieder gewählt worden.

Allein in der Regierung bekleideten vier Pfarrer, Hans-Werner Ebeling (DSU), Gottfried Müller (CDU), Markus Meckel (SPD) sowie Rainer Eppelmann (DA) Ministerämter. Hinzu kamen Inhaber von kirchlichen Synodal- und Laienämtern, wie de Maizière, Regine Hildebrandt (SPD) oder Walter Romberg (SPD). Kirchenleute hatten wichtige Funktionen in der Volkskammer inne, wie der Theologe Richard Schröder, der Fraktionschef der SPD wurde oder der Vizepräsident der Volkskammer Reinhard Höppner (SPD), der Synodalpräsident war. Sie gehörten nicht alle zur Opposition der 1980er Jahre, waren aber alle mit dem Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vertraut. Dieses kirchliche Personaltableau spricht für sich. Es musste nach vierzigjähriger Herrschaft der Kommunisten einspringen, weil der Gesellschaft in anderen Gruppen zu wenig politisch Begabte zur Verfügung standen. Bis heute sind auf allen politischen Ebenen unverhältnismäßig häufig engagierte Christen präsent.

5. Ausblick

Die besondere Rolle der Kirchen in der Revolution erinnert an die Vision von Eric Voeglin. Er hatte schon 1938 unter dem Eindruck des Nationalsozialismus darauf verwiesen, dass der Weltanschauungsdiktatur nicht allein mit ethischen Urteilen und intellektueller Redlichkeit gewehrt werden könne. Er erkannte die Grenzen der Aufklärung und der vernünftigen Einsicht, ja selbst Grenzen der moralischen Vorhalte. Wie war es möglich, dass die Gebildeten in Deutschland, erzogen mit der Ethik Immanuel Kants, geschult im Umgang mit der kritischen Vernunft, mit der menschenverachtenden mörderischen Diktatur der Nazis kollaborierten oder schweigend wegsahen? Wie konnte es geschehen, dass in der DDR selbst die hoch qualifizierten Geistesschaffenden alles sichtbare Unrecht als notwendig oder als Übergangserscheinung akzeptierten oder auch ängstlich hinnahmen. Voeglin schrieb damals: Es bedürfe in der Auseinandersetzung mit der „politischen Religion“ einer religiösen Gegenposition. „Einer nicht nur sittlich schlechten, sondern religiös bösen, satanischen Substanz kann nur aus einer gleich starken religiösen guten Kraft der Widerstand geleistet werden.“⁴² Vielleicht ist das eine Antwort auf die Frage, warum die Kirche 1989 in eine revolutionäre Rolle geriet.

„Einer nicht nur sittlich schlechten, sondern religiös bösen, satanischen Substanz kann nur aus einer gleich starken religiösen guten Kraft der Widerstand geleistet werden.“

⁴² Voegelin, Eric: Die Politischen Religionen. München 1993. S.6 (Nachdruck der Erstveröffentlichung, Wien 1938).

Das war umso erstaunlicher, als die Kirchen durch die lange Religions- und Kirchenpolitik der Kommunisten geschwächt waren. Dies zeigte sich in aller Schärfe erst nach 1990. Der enorme Mitgliederverlust verlangte eine schmerzhaft Verkleinerung aller kirchlichen Strukturen. Zudem war mit der gewonnenen Freiheit und mit der sich wieder selbst organisierenden Gesellschaft die Ersatzfunktion der Kirchen nicht mehr erforderlich. Die politischen Subjekte, die in den Kirchen einen Bewegungsraum gefunden hatten, wanderten aus. Da die Kirchen vom Zugriff des SED-Staates befreit waren, mussten sie ihren Ort in der Gesellschaft neu bestimmen. Sie hatten einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung geleistet. Aber sie vertraten eine politische Sozialethik, deren traditionelle protestantische Ausprägung Zivilisation, Politik, Kultur und auch die Realität der Kirche an biblisch-eschatologischen Grundwerten, wie Gerechtigkeit oder Frieden, maß. Alle sozialen, politischen und religiösen Institutionen und Machtfunktionen wie auch die Verhaltensweisen des einzelnen Menschen mussten zwangsläufig hinter diesen Ansprüchen zurückbleiben und waren daher Gegenstand der Kritik. Die sozialetische Orientierung und der mit ihr verbundene Utopismus verursachte wiederum eine Fremdheit gegenüber der neuen demokratischen Welt, die sie gerade mit geschaffen hatten. Manche kirchliche Oppositionelle glaubten, mit ihren ersten politischen Erfolgen im Herbst 1989 ihren Utopien näher zu kommen. Mit Erschrecken sahen sie dann, als die gelähmte Gesellschaft wieder laufen lernte, dass das „Volk“ seine eigenen Wege ging und eigene Interessen verfolgte, die nun keinesfalls mit einer Utopie oder einem irgendwie reformierten oder liberalisierten Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen waren.

Das erschwerte die Beheimatung der Kirche in der realen Welt, in der neben der Freiheit auch die Nation und der erstrebte Wohlstand eine Rolle spielten. Die sozialetisch aufgeladene Kritik der neuen demokratischen Rechtsordnung stellte so manchen ostdeutschen Kirchenmenschen die Segnungen der staatskirchenrechtlichen Möglichkeiten. Statt sich etwa der Chancen zu erfreuen, die der schulische Religionsunterricht oder die Militärseelsorge mit sich brachten, predigten sie eine puristische Selbstbegrenzung. So übt sich bis heute ein Teil des politischen Protestantismus in einem Antikapitalismus, der bisweilen auch der Demokratie wieder kritisch gegenüber steht. Nach 1990 haben die Kirchen lernen müssen, dass die alltägliche Politik und die dauernden Interessenkämpfe

Nach 1990 haben die Kirchen lernen müssen, dass die alltägliche Politik und die dauernden Interessenkämpfe pragmatische Entscheidungen verlangen, die nur selten auf ethischen und religiösen Einsichten beruhen.

in der demokratisch verfassten Gesellschaft pragmatische Entscheidungen verlangen, die nur selten auf ethischen und religiösen Eindeutigkeiten beruhen.

Die viel kleinere katholische Kirche hatte es etwas leichter. Sie war in der Revolution sehr spät gestartet. Die katholische Basis war zwar von Anfang an engagiert, aber die Bischöfe beteiligten sich erst im November 1989 am Umbruch. Im November forderte die Bischofskonferenz die katholischen Laien auf, sich in die Gesellschaft politisch einzubringen. Es wurden mehrere Laienverbände gegründet, die Katholiken ertüchtigen sollten, politische Verantwortung zu übernehmen. Im thüringischen Bischöflichen Amt Erfurt-Meinungen gründete sich am 2. Dezember die Katholische Soziale Aktion, die mit Politikern verschiedener Parteien arbeitete um spezifische katholische Anliegen zur Geltung zu bringen. Unter anderen entwarf die Aktion „Wahlprüfsteine“, die den Wählern über die neue Parteienlandschaft Orientierung geben sollten.

Heute spielen beide Kirchen in der Gesellschaft eine hervorragende Rolle. Trotz vieler Probleme konnten sie sich konsolidieren und neben ihren angestammten geistlichen Aufgaben auch zahlreiche gesellschaftliche übernehmen.

Der Morgen des 3. Oktober, des Tages der Wiedervereinigung, begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Ost-Berliner Marienkirche. Die Kirche stand noch einmal im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Doch bevor dieser Gottesdienst stattfand, war es zu einer öffentlichen Kontroverse in den evangelischen Kirchen gekommen. Politiker in Hochstimmung, so auch der Kanzleramtsminister Rudolf Seiters, hatten vorgeschlagen, dass im Land die Glocken geläutet werden sollten. In der Kirche erhob sich Widerspruch. Das Jahrhundert war mit Wechselbädern über sie gekommen. Nicht wenige Kirchenleute hatten mit dem NS-Staat kollaboriert. Als sie ihre Schuld betrachteten und neue Wege suchten, haben sich wiederum nicht wenige mit dem SED-Staat politisch und ideologisch eingelassen. Aber das an die Wahrheit gebundene Wort, das sie als Schatz den sie zu hüten hatten, wurde – für viele unversehens – zur Kraft der Freiheit. Nun aber wollten sie keinesfalls erneut mit irgendjemandem kollaborieren, auch nicht mit einer Ordnung, die den Opfern der Diktatur in ihren Gemeinden die Freiheit garan-

Heute spielen beide Kirchen in der Gesellschaft eine hervorragende Rolle. Trotz vieler Probleme konnten sie sich konsolidieren.

tierte.⁴³ Es wurde allerdings geläutet. Viele Gemeinden taten es aus Dankbarkeit für das Ende der Bedrückung. Aber es gab einzelne Hirtenworte. Der Thüringer Landesbischof, Werner Leich, mahnte in seinem Hirtenwort zum Tag der Deutschen Einheit zur Solidarität mit denen, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen würden. Aber er sprach aus, was viele fühlten: „Gott hat uns mehr geschenkt, als wir erwartet haben: Die friedliche Revolution, die Freiheit und eine offene Zukunft. Wer wollte dafür heute Gott nicht von Herzen danken!“⁴⁴

Dr. phil. Ehrhart Neubert

Geboren 1940 in Herschdorf (Thüringen); 1958 bis 1963 Studium der Theologie in Jena; 1967 bis 1984 Vikar und Pfarrer in Niedersynderstedt (Kirchenkreis Weimar); ab 1973 gleichzeitig Studentenpfarrer in Weimar und Mitglied verschiedener Oppositionsgruppen; 1984 bis 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Evangelischen Kirche in Berlin; 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs und 1989/90 dessen stellvertretender Vorsitzender; 1991 bis 1996 Studienleiter in der Studien- und Begegnungsstätte der Evangelischen Kirche Berlin; 1992-1994 Mitarbeit im Untersuchungsausschuss des Brandenburgischen Landtags zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Manfred Stolpe; 1996 Eintritt in die CDU. Im gleichen Jahr Abschluss seiner Promotion an der FU Berlin zum Dr. phil. mit dem Dissertationsthema „Geschichte der Opposition in der DDR. 1949-1989“. Seit 1997 Fachbereichsleiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin; 1998 bis 2003 ehrenamtlich im Vorstand der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tätig.

Herr Dr. Neubert publizierte zahlreiche Werke über die religiöse und gesellschaftliche Situation in Ostdeutschland und über die Geschichte der Opposition in der DDR.

⁴³ Vgl. Heidingsfeld, Uwe-Peter: Evangelische Kirche und Wiedervereinigung – Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis. idea Dokumentation 10/2006.

⁴⁴ Leich, Werner: Hirtenwort des Bischofs. In: Glaube und Heimat 39 vom 30. 9. 1990. S.1.